

**Seite 1 Unvergängliches Recht auf die Heimat
Die Berliner Heimatvertriebenen feiern den Tag der Heimat 1952**

Berlin (Elg. Ber.). In allen Städten der Bundesrepublik und in West-Berlin begehen die deutschen Heimatvertriebenen am 8. August den Tag der Heimat. Millionen Vertriebener finden sich zusammen und demonstrieren für ihr unvergängliches Recht auf die Heimat.

In West-Berlin nehmen auch in diesem Jahr, ebenso wie in der Vergangenheit, Tausende von Heimatvertriebenen aus der sowjetischen Besatzungszone an der großen Kundgebung zum Tag der Heimat gemeinsam mit den West-Berliner Heimatvertriebenen in der Waldbühne teil. Sie kommen aus der Sowjetzone, trotz der neuen Schikanen des sowjetdeutschen Regimes.

Über dem Tag der Heimat 1952 werden wieder die Grundsätze aus der Charta der deutschen Heimatvertriebenen stehen, in denen es heißt: „Wir haben unsere Heimat verloren. Heimatlose sind Fremdlinge auf dieser Erde. Gott hat die Menschen in ihre Heimat hineingestellt. Den Menschen mit Zwang von seiner Heimat trennen, bedeutet, ihn im Geiste töten. Wir haben dieses Schicksal erlitten und erlebt. Daher fühlen wir uns berufen, zu verlangen, dass das Recht auf die Heimat als eines der von Gott geschenkten Grundrechte der Menschheit anerkannt und verwirklicht wird“.

Solange dieses Recht für uns nicht verwirklicht ist, wollen wir aber nicht zur Untätigkeit verurteilt beiseite stehen, sondern in neuen, geläuterten Formen verständnisvollen und brüderlichen Zusammenlebens mit allen Gliedern unseres Volkes schaffen und wirken. Darum fordern und verlangen wir, heute wie gestern: „Gleiches Recht als Staatsbürger, nicht nur vor dem Gesetz, sondern auch in der Wirklichkeit des Alltags. Gerechte und sinnvolle Verteilung der Lasten des letzten Krieges auf das ganze deutsche Volk. Sinnvollen Einbau aller Berufsgruppen der Heimatvertriebenen in das Leben des deutschen Volkes. Tätige Einschaltung der deutschen Heimatvertriebenen in den Wiederaufbau Europas“.

Diese 1950 feierlich verkündete Charta der deutschen Heimatvertriebenen hat auch heute für die Vertriebenen Berlins volle Gültigkeit. Die Vertriebenen, die in der Charta auf Rache und Vergeltung verzichten und unermüdlich an dem Wiederaufbau Deutschlands und Europas teilnehmen wollen, rufen am Tage der Heimat 1952 die Völker und Menschen auf, die guten Willens sind, Hand anzulegen ans Werk, damit aus Schuld, Unglück, Leid, Armut und Elend für uns alle der Weg in eine bessere Zukunft gefunden wird.

Seite 1 Gedenken an die Heimat

Was wäre aber ein Tag der Heimat, wenn neben dem Bekenntnis zum Recht auf die Heimat nicht auch der etwa 300 000 noch in den deutschen Ostgebieten unter polnischer Verwaltung lebenden Deutschen gedacht würde. Das Gedenken der Landsleute, die in den von Polen verwalteten Gebieten und in der Tschechoslowakei ein unwürdiges Sklavendasein in harter Fronarbeit leben müssen, ist für die Vertriebenen selbstverständliche Pflicht. Wir tragen mit ihnen ihr Leid und ihre Sehnsucht. Aber gleichzeitig protestieren wir gegen den allen Völkerrechten hohnsprechenden Zwang, der treue deutsche Menschen in diesen Gebieten, besonders in Ostpreußen und Oberschlesien ihres Volkstums beraubt und ihnen eine neue Staatsangehörigkeit zudiktiert und Ihre Kinder der deutschen Muttersprache entfremdet.

Die Heimatvertriebenen in Berlin haben den unerschütterlichen Glauben, dass Recht wieder Recht wird und sie eines Tages in die Heimat zurückkehren können.

**Seite 1 „Wir wollen wieder nach Königsberg und Breslau fahren“
Im Vorjahr 28 000 Vertriebene in der Waldbühne**

Seit die deutschen Heimatvertriebenen in jedem Jahr den Tag der Heimat begehen, wurde dieser Tag zu einem Tag des großen Gedenkens und bedeutungsvoller Demonstrationen für das Recht auf die Heimat. Im vergangenen Jahr hatten sich in der Waldbühne 28 000 Vertriebene aus Westberlin, Ostberlin und der Sowjetzone vor den trauerumflorten Fahnen der unter polnischer Verwaltung stehenden deutschen Ostgebiete versammelt.

„Niemand kann uns die Heimat aus dem Herzen reißen. Wir können sie nur verlieren, wenn wir sie kleinmütig aus unserem Herzen löschen“. Das erklärte im vorigen Jahr vor den 28 000 Versammelten

der Regierende Bürgermeister von Berlin, Professor Reuter. „Wir wollen wie einst wieder nach Königsberg fahren und das Rauschen der Ostsee hören können, wir wollen wieder durch die schlesischen Wälder wandern und von der deutschen Schneekoppe hinunter in deutsches Land sehen können. Wir müssen dem sowjetischen Bären zeigen, dass er das deutsche Volk nicht verdauen kann, weil es nicht verdaut werden will“.

Im Vorjahr war auch der Vizekanzler der Bundesrepublik, Franz Blücher, zu den Berliner Heimatvertriebenen gekommen. Er erklärte in der Waldbühne: „Mit der Heimat verteidigen wir ein Postulat des Friedens, wie wir es seit Jahrhunderten getan haben. Wir wollen den Frieden und in Frieden die Wiedervereinigung, aber wer den Frieden will, kann nicht Moskau durch „Ohne uns“ stärken. Wir werden unsere Einheit und Freiheit nach bestem Gewissen verteidigen“.

Für den Berliner Landesverband der Heimatvertriebenen hatte Dr. Alfred Rojek ausdrücklich erklärt, dass es den Vertriebenen mit dem Verzicht auf Rache und Vergeltung ernst sei, doch niemals würden sie das Recht auf die Heimat aufgeben.

Inzwischen ist ein Jahr vergangen, ein Jahr, in dem in der deutschen Politik außerordentlich viel geschehen ist. Endlich wurde auch eine jahrelange Forderung der Vertriebenen, die Schaffung eines Lastenausgleichsgesetzes durch den Bundestag, erfüllt. Endlich sind auch für Berlin eine Reihe von Gesetzen für die Vertriebenen geschaffen worden. Wir sind in diesem letzten Jahr einen Schritt vorwärts gekommen. Die Redner am Tag der Heimat 1952, der Präsident des Bundes der Vertriebenen Deutschen, Dr. Linus Kather, der Vorsitzende des Berliner Landesverbandes der Heimatvertriebenen, Dr. Alfred Rojek, und der Senator für Sozialwesen, Otto Bach, als der für die Vertriebenen in Berlin zuständige Senator, werden in ihren Ansprachen auf das, was im letzten Jahr für die Vertriebenen erreicht wurde, eingehen.

**Seite 1 Dr. Lukaschek zum Tag der Heimat
Berlin (Eig. Ber.). Zum Tag der Heimat 1952 veröffentlicht der Bundesminister für Vertriebene,
Dr. Hans Lukaschek, durch den „Pressedienst der Heimatvertriebenen“ folgendes Geleitwort:**

„Die letzten großen Kundgebungen der Heimatvertriebenen haben durch die große Zahl der Beteiligten bewiesen, wie sehr die Vertriebenen in Deutschland zu einem Faktor geworden sind, der dauernd an Bedeutung gewinnt. Darüber hinaus aber hat die außerordentlich herzliche Aufnahme der Vertriebenen in den Städten, in denen die Kundgebungen stattfanden, gezeigt, dass die Anteilnahme des gesamten Volkes an dem Schicksal der Vertriebenen trotz aller Alltagsorgen wach und lebendig ist. Das soll uns anspornen, weiter darauf hinzuwirken, dass die Sache der Heimatvertriebenen und ihr Anspruch auf Rückkehr in die Heimat immer mehr zu einem Anliegen der gesamten Nation werden.“

Der Tag der Heimat, der in kurzem stattfindet, wird Gelegenheit bieten, auf zahlreichen Kundgebungen diese Einigkeit nachdrücklich nach außen zu bekunden. Und wenn bei diesen Feiern das Deutschlandlied erklingt, dann wollen wir alle daran denken, dass die Hochziele Einigkeit, Recht und Freiheit uns den Weg weisen, auf dem wir unbeirrt danach streben werden, mit friedlichen Mitteln unsere Heimat im Osten zurückzugewinnen“.

**Seite 1 und 2 Zum Tag der Heimat
Von Dr. Alfred Rojek, MdA, Vorsitzender des BLV**

„Für Einheit in Freiheit, für Recht und Heimat“ ist das Motto, welches die Berliner Heimatvertriebenen ihrem diesjährigen Tag der Heimat gegeben haben. Mit diesem Motto wollen sie die Lage der Heimatvertriebenen in Berlin kennzeichnen.

Berlin ist unsere Wahlheimat, unsere zweite Heimat geworden. Mit beiden Füßen stehen wir Heimatvertriebenen in Berlin für Berlin. Mit den Rechten, die wir in Berlin ohne Schwierigkeiten erhalten haben, haben wir freudig und gern aber auch die Pflichten der Berliner auf uns genommen und sind bereit, Berlins Schicksal mit ihnen zu teilen, mit ihnen Unbill, Leid und Opfer zu tragen.

Im politischen Kampf ist Berlin zur Frontstadt geworden, denn zwei gegensätzliche Welten stoßen hier zusammen. Berlin wollte nicht untergehen und hat daher den Kampf aufgenommen und sich einem Kampf verschworen.

**um Freiheit für alle Menschen,
um Einheit in Freiheit für alle Deutschen,**

um Einheit in Freiheit in allen deutschen Landen.

In diesem Kampf Mitstreiter zu sein, ist unsere Pflicht.

Am Tage der Heimatvertriebenen, dem „Tag der Heimat“, legen wir dieses Gelöbnis ab Berlin gegenüber, aber auch unserer unvergesslichen Heimat gegenüber, der wir verpflichtet sind und in Verbundenheit, Treue und Liebe auch in Zukunft verpflichtet bleiben wollen.

In diesem Kampf lehnen wir Panzer, Bomben und alle kriegerischen Waffen ab, denn wir wissen, welch ein Unglück der Krieg für die Menschen ist. Noch zu frisch ist unsere Erinnerung an den letzten Weltkrieg, der mit allen bis dahin kaum vorstellbaren Kriegsfolgen und Schrecken die furchtbare Geißel der Vertreibung der Menschen aus der Heimat im Gefolge hatte. Millionen Menschen wurden ohne ihr Zutun und ohne ein Verschulden von ihrem durch Generationen angestammten Boden hinweggejagt und ins Elend hinausgetrieben. Diese für Millionen von Menschen schreckliche Zeit ist und wird gekennzeichnet sein als die Zeit der Geißel der Vertreibung, als eine Zeit, in der Millionen Menschen ihres ihnen von Gott gegebenen Rechts, des Rechts auf die Heimat, beraubt worden sind. Diese Zeit wird in die Geschichte eingehen als eine rechtlose, eine schreckliche Zeit, weil sie Millionen von Menschen ihr Recht nicht geben will.

In diesem Kampf um Gerechtigkeit ist und bleibt unsere einzige Waffe das Recht. Wir verzichten auf Rache und Vergeltung. Recht ist eine Macht. Diese Macht ist auf unserer Seite, weil wir Gerechtigkeit wollen; wollen wir doch Recht erobern und Unrecht bezwingen. In diesem Kampf stehen wir nicht allein. Wir wissen alle Menschen als unsere Bundesgenossen, die für das Zusammenleben der Menschen und der Völker Recht und Gerechtigkeit als einzige wahre Grundlage erkannt haben und diese Grundlage des Zusammenlebens für sich und ihr Volk und demnach für alle Menschen erstreben.

In diesem Kampf um das Recht auf die Heimat sehen die Berliner Heimatvertriebenen voller Zuversicht in die Zukunft, wie auch Berlin voller Zuversicht in seinem Kampf um die Freiheit ist. Oft schien es, als seien die Kräfte der Gewalten stärker als die Freiheit. Aber noch immer sind die feindlichen Strömungen an den Glauben, an dem Mut, an der Tapferkeit und Entschlossenheit der Berliner Bevölkerung wie an einem Fels zerbrochen. Berlin führt diesen Kampf nicht nur um seine Freiheit, sondern um die Freiheit aller Menschen schlechthin, insbesondere aber um die Freiheit der deutschen Brüder und Schwestern im Ostsektor Berlins und in der Sowjetzone. Gelingt es, diesen Kampf um die Freiheit zu gewinnen, dann ist die Einheit in Freiheit aller Deutschen gewonnen.

Der Tag der Heimat ist für uns Heimatvertriebene ein Tag des Gedenkens an unsere liebe Heimat, des Bekenntnisses unserer Treue zur Heimat, aber auch der Tag des Bekenntnisses unserer Bereitschaft zur Verteidigung des Rechts auf die Heimat als eines von Gott den Menschen geschenkten Grundrechtes.

Seite 2 Der Lastenausgleich und Berlin

Von Dr. Hans Matthee, MdA, Vorsitzender der Landsmannschaft Ostpreußen

Berlin hatte gehofft, das Lastenausgleichsgesetz noch vor den Parlamentsferien, die vom 3. August bis 25. September dauern, verabschieden zu können. Leider ist das aus technischen Gründen nicht möglich. Da der Bundesrat erst am 18. d. M. seine Entscheidung über das vom Bundestag beschlossene Gesetz trifft, kann das Gesetz vor dem 5. August hier in Berlin nicht druckfertig vorliegen. Der Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses hat jedoch zugesagt, das Gesetz auf die Tagesordnung der 1. Sitzung des Abgeordnetenhauses nach den Ferien zu setzen, so dass mit der Verabschiedung bis spätestens Mitte Oktober gerechnet werden kann.

Auf den Zeitpunkt der Inkraftsetzung des Gesetzes kommt es auch nicht entscheidend an, da die Abgaben ohnehin vom 1. April 1952 zu laufen beginnen. Wichtig ist nur, dass Berlin seine Vorarbeiten soweit getroffen hat, dass sofort mit der Schadensfeststellung begonnen werden kann. Das ist deshalb notwendig, weil die Leistungen mit Rechtsanspruch, wie die Hauptentschädigung, Hausratsentschädigung und Kriegsschadensrente auf Grund des Feststellungsgesetzes festgestellt sein müssen, um sie auf Grund des Lastenausgleichsgesetzes bewirken zu können. Die hierzu erforderlichen Formulare können erst verteilt werden, wenn die Bestimmungen des Lastenausgleichsgesetzes endgültig feststehen.

Landesamt für Soforthilfe errichtet

Der Senat von Berlin hat inzwischen das Landesamt für Soforthilfe errichtet, dem, wie im Bundesgebiet, die gesamte Abwicklung der Anträge des Feststellungs- sowie des Lastenausgleichsgesetzes obliegt. Es ist jetzt an der Zeit, dass auch die hierfür zuständigen Dienststellen in den Bezirksamtern eingerichtet werden, damit nachher keine Verzögerung eintritt. Mögen der Senat und die Bezirksamter die freien Stellen in erster Linie mit Heimatvertriebenen besetzen, weil sich diese für die Bearbeitung dieser Anträge am besten eignen dürften. Nach dieser Richtung sind vom Berliner Landesverband der Heimatvertriebenen e.V. die erforderlichen Schritte getan.

Bestimmungen für Berlin berücksichtigt

Das Lastenausgleichsgesetz bedarf in Berlin keiner langen parlamentarischen Erörterungen, da die für Berlin notwendigen Abweichungen bereits in das Gesetz eingebaut sind. Für die nach dem Gesetz in Berlin Abgabepflichtigen ist wichtig, dass die Abgaben erst mit dem 1. April 1952 zu laufen beginnen, während im Bundesgebiet die Abgabepflichtigen schon seit drei Jahren auf Grund des Soforthilfegesetzes Zahlungen leisten müssen. Die Vermögensabgabe, die 50% des am 1. April 1949 festgestellten Vermögens beträgt und mit 6% bzw. 5% bzw. 4% bis zum 31. März 1979 zu tilgen ist, ist hier nur zu einem Drittel, also mit 2% bzw. 1,67% bzw. 1,34% jährlich abzudecken, und zwar zunächst bis zum 31. März 1957. Das ist für die gesamte Wirtschaft wie für den Haus- und Grundbesitz eine außerordentliche Erleichterung.

Auch die Hypothekengewinnabgabe ist in Berlin anders gestaltet als im Bundesgebiet. Es ging hier darum, dem Haus- und Grundbesitz die Möglichkeit zu schaffen, Aufbaukredite aufzunehmen. Das ist nur dann möglich, wenn sie die entsprechenden grundbuchlichen Sicherungen zur Verfügung stellen können. Das ist dadurch gewährleistet, dass in all den Fällen, wo solche Aufbaukredite bis zum 31. März 1956 in Anspruch genommen werden, die $\frac{9}{10}$ Hypotheken den Rang vor der Hypothekengewinnabgabe behalten. Der Rang dieser $\frac{9}{10}$ Hypotheken wird also durch die Hypothekengewinnabgabe, die eine öffentliche Last ist, nicht verschlechtert. Im Gegensatz zum Bundesgebiet können Aufbaukredite nicht nur für den Aufbau oder Ausbau eines Wohnhauses oder für umfangreiche Reparaturen, sondern auch, was sehr wichtig ist, für die Gründung, Erhaltung oder den Ausbau eines wirtschaftlichen Betriebes oder eines freien Berufes in Anspruch genommen werden. Allerdings bedarf die Verwertung der $\frac{9}{10}$ Hypotheken für diese Aufbaukredite entweder der Genehmigung des Senators für Bau- und Wohnungswesen, oder des Senators für Wirtschaft und Ernährung. Das sind die wesentlichsten Erleichterungen für Berlin.

Leistungen in Berlin nicht geschmälert

Dadurch werden die Leistungen an die Berechtigten in Berlin nicht etwa geschmälert. Die Berechtigten erhalten hier dieselben Leistungen wie im Bundesgebiet. In diesem Zusammenhang darf noch darauf hingewiesen werden, dass antragsberechtigt nur natürliche Personen sind, die am 31. Dezember 1950 ihren Wohnsitz im Bundesgebiet oder in Westberlin hatten und ihn hier auch aufrecht erhalten. Dieser Stichtag wird für manche eine Härte bedeuten. Es wäre zu wünschen, dass im Laufe der Zeit, wenn man das jährliche Aufkommen übersehen kann, eine Änderung hinsichtlich des Stichtages herbeigeführt wird, indem er etwa auf den 31. Dezember 1951 verlegt wird, wie es überhaupt notwendig ist, die in den einzelnen Gesetzen festgelegten Stichtage aufeinander abzustimmen.

Seite 2 Lastenausgleich muss verbessert werden

Namens der Berliner Berechtigten muss verlangt werden, dass in den ersten Jahren nach Inkrafttreten des Lastenausgleichsgesetzes mehr Geld aus dem Ausgleichsfonds nach Berlin als nach den Bundesländern gezahlt wird, weil im Bundesgebiet schon erhebliche Beträge an die Berechtigten auf Grund des Soforthilfegesetzes im Gegensatz zu Berlin, das ein solches Gesetz nicht kennt, geleistet worden sind. Es ist daher nur recht und billig, wenn Berlin jetzt auch nach dieser Richtung hin bevorzugt behandelt wird, um etwas aufholen zu können.

Alle, die an dem Gesetz mitgearbeitet und die das Gesetz beschlossen haben, sind sich darüber klar, dass das Gesetz in seiner jetzigen Fassung auch nicht annähernd die Forderungen der Berechtigten erfüllt. Es ist aber besser, zunächst einmal überhaupt ein Lastenausgleichsgesetz zu haben, damit endlich mit den Leistungen begonnen werden kann und der einzelne so erfährt, was ihm nun eigentlich zusteht, als die Inkraftsetzung des Gesetzes auf absehbare Zeit zu verschieben, um den Versuch zu machen, die eine oder andere Forderung doch noch durchzusetzen. Alle sind sich auch darüber einig, dass das Gesetz Mängel und Lücken aufweist. Diese zeigen sich jetzt schon und

werden in der Praxis noch deutlicher hervortreten. Die Bundesregierung wie auch der Bundestag sind entschlossen, diese durch Novellen zu beseitigen.

Schnelle Abwicklung notwendig

Der Wunsch der Heimatvertriebenen ist, dass so schnell wie möglich mit der Abwicklung des Lastenausgleichsgesetzes begonnen wird, denn der Zweck des Lastenausgleiches ist nur dann erfüllt, wenn er möglichst schnell durchgeführt wird. Um dieses Ziel zu erreichen, bedarf es des 100%igen Einsatzes aller zuständigen Dienststellen und aller Organisationen der Heimatvertriebenen und Bombengeschädigten.

Möge das Lastenausgleichsgesetz auch in Berlin die wirtschaftliche Gleichstellung der Heimatvertriebenen mit den Einheimischen herbeiführen.

Seite 2 Breslau ist deutsch



Berlin (Eig. Ber.). Das amerikanische Gericht in Würzburg hat eine Entscheidung von grundsätzlicher Bedeutung gefällt. Es lehnte einen Repatriierungsantrag der IRO ab, wonach die jetzt im bischöflichen Knabenheim in Karlstadt lebenden **Flüchtlingskinder Herbert Skip und Rudolf Skip** zu ihrem Vater nach Breslau zurückgeführt werden sollten. Das Gericht erklärte, dass die Entscheidung der polnischen Regierung über Schlesien nicht anerkannt werde, daher erkenne es auch nicht die polnische Staatsangehörigkeit an, die den dort lebenden Deutschen verliehen wurde oder sogar Kindern zuerkannt werden soll, die jetzt im Bundesgebiet leben. Der Vater der Kinder lebe in Breslau, das auch jetzt noch deutsches Gebiet sei.

Seite 2 Woher stammen die Heimatvertriebenen in Berlin?

Nach der Statistik der Volkszählung vom 13. September 1950 gibt es in Westberlin 148 389 Heimatvertriebene. Wenn wir nun weiter erforschen, aus welchen Gebieten diese Heimatvertriebenen stammen, ergibt sich folgendes Bild: Die meisten Heimatvertriebenen kommen aus dem schlesischen Raum. 36 600 gaben Schlesien als ihr Heimatgebiet an. Die nächst, stärkste Gruppe kommt in einer Zahl von 31 700 aus Pommern. Mit 25 900 folgen die Ostpreußen. 21 700 gaben Ostbrandenburg als ihre Heimat an. Unter Zehntausend sind die Westpreußen mit 9 800 Landsleuten nach Berlin gekommen. 8 500 kommen aus dem Gebiet Posen. Nun erst wird die Zahl der Landsleute aus dem Sudetenland mit 5 800 bekanntgegeben. Baltendeutsche gibt es in Berlin 1 500. Aus Ungarn kommen 200, aus Jugoslawien 500, aus Rumänien 900 und aus der UdSSR 500. 4 700 werden als „sonstige“ bezeichnet.

Seite 2 SED-Propagandaaktion unter den Vertriebenen

Berlin (Eig. Ber.). Neue Pläne für die Gewinnung der Heimatvertriebenen in der Bundesrepublik „gegen den reaktionären Kurs der Adenauer-Regierung“ sind jetzt vom Westapparat der SED unter Mithilfe der „Zentralstelle zur Überwachung der Umsiedler“ im Ministerium für Staatssicherheit der Sowjetzone ausgearbeitet worden. Unter anderem ist vorgesehen, zuverlässige Heimatvertriebene in der Sowjetzone stärker als bisher für eine „systematische Brief Propaganda“ heranzuziehen. Das dafür benötigte Adressenmaterial von Heimatvertriebenen in der Bundesrepublik ist vom SSD seit Wochen gesammelt worden.

Wie der „Informationsdienst West“ aus dem Westapparat der SED erfährt, sollen bei der neuen Propagandawelle zunächst solche Heimatvertriebenen angesprochen werden, deren schwierige soziale Lage eine oppositionelle Haltung gegen die Politik der Bundesregierung erwarten lasse.

Seite 2 Ostpreußische Jugend wird zum polnischen Arbeitsdienst eingezogen

Berlin (Eig. Ber.). „Die Polen halten uns hier immer noch fest, und wir kommen nicht heraus. Bis jetzt war es noch einigermaßen erträglich, aber nun fängt wieder das bittere Dasein an“, schreibt eine ostpreußische Mutter in einem kürzlich eingetroffenen Brief aus der Treuburger Gegend. Aus ihren Zeilen spricht die Sorge um den jüngsten Sohn, der ihr von vier Söhnen erhalten blieb und der jetzt, wie alle Deutschen in Ostpreußen, zum polnischen staatlichen Arbeitsdienst eingezogen werden soll. Im weiteren Verlauf des Briefes schildert die Ostpreußin die auch dort herrschende Lebensmittelknappheit und teilt mit, dass bei den meisten Wirtschaften nur die Hälfte des Bodens bestellt ist. Da die Entwässerungsgräben nicht gereinigt werden, sind auch die Wiesen überschwemmt. Außerdem konnten viele Straßen in der Frühjahrszeit nicht benutzt werden.

Seite 2 Die Aufgaben nach dem Lastenausgleich

Berlin (Eig. Ber.). Auf einer Pressebesprechung des Berliner Landesverbandes der Heimatvertriebenen stand die Frage zur Erörterung, welche Aufgaben die Vertriebenenverbände zu übernehmen haben, wenn das Lastenausgleichsgesetz seine Annahme gefunden haben wird. Der Vertreter des BLV formulierte diese Aufgabe dahin, dass man sich dem Problem der Rückgewinnung der Heimat in verstärktem Maße zuwenden müsste. Je näher der Termin heranrücke, dass hierüber verhandelt wird, desto wichtiger werde die heimatpolitische Arbeit der Vertriebenenverbände. Mit dem Lastenausgleich sei zwar ein gewisser Abschnitt der Vertriebenenarbeit beendet, aber schon jetzt und erst recht in der kommenden Zeit müssten sich die Verbände mit größter Intensität den Fragen zuwenden, die die Rückkehr in die Heimat angehen. Dabei dürfe man nicht außer Acht lassen, dass diese Rückkehr nur über die Befreiung der Sowjetzone führen könne.

Seite 2 Koalition kündigt Lastenausgleichsnovelle an

Bonn (VK). Aus Anlass der endgültigen Verabschiedung des Lastenausgleichsgesetzes durch den Bundestag gab der Vorsitzende der CDU-Fraktion folgende Erklärung für die Regierungsparteien ab:

„Das vom Bundestag mit absoluter Mehrheit beschlossene Lastenausgleichsgesetz ist in dem vom Bundesrat angerufenen Vermittlungsausschuss unter Mitwirkung der sozialdemokratischen Opposition erheblichen Veränderungen unterworfen worden, die fast durchweg als Verschlechterungen des Gesetzes anzusehen sind.

Nur um das von den Geschädigten und Abgabepflichtigen so dringend erwartete Gesetz möglichst bald in Kraft treten zu lassen, haben sich die Fraktionen der Regierungskoalition mit schweren Bedenken entschlossen, dem Vorschlag des Vermittlungsausschusses ihre Zustimmung zu geben.

Die Regierungsparteien werden alle Kräfte daran setzen, die dem Gesetz neu eingefügten Mängel in allernächster Zukunft zu beseitigen“.

Seite 2 Der Leser hat das Wort Glückwünsche zum Start

Ich habe erfahren, dass auch in Berlin ab August eine Zeitung der Landsmannschaften herausgegeben werden soll. Alle Landsleute, mit denen ich bisher darüber gesprochen habe, sind wie ich ehrlich darüber begeistert und wünschen dem Blatt einen vollen Erfolg. Ich bin überzeugt, dass alle Heimatvertriebenen dieses Nachrichtenorgan abonnieren werden, um dadurch mitzuhelfen, dass auch in Berlin die Belange aller Landsleute noch mehr als bisher an die breite Öffentlichkeit herangetragen werden.

Es wäre schön, wenn in unserer Zeitung auch der Leser zum Wort käme und ich bitte Euch, doch diesen allgemeinen Wunsch zu berücksichtigen. Viele Landsleute würden bestimmt davon Gebrauch machen und so einen noch festeren Kontakt mit ihrer Landsmannschaft herstellen.

Ich wünsche der Zeitung viel Glück zum Erscheinen und hoffe, dass sie einen weiteren Schritt auf dem Wege zur Rückkehr in die Heimat bedeutet.

„Treu der Heimat“

Erika Höhne, Berlin-Heiligensee

Wunsch Vieler erfüllt

Zur Herausgabe Ihrer Vertriebenennachrichten beglückwünsche ich Sie herzlich! Endlich gibt es für die Berliner Heimatvertriebenen eine eigene Zeitung. Sie haben damit den Wunsch vieler Landsleute erfüllt, die oft nicht wussten, welches westdeutsche Heimatblatt für sie das richtige war. Ich glaube, dass niemand unter uns die Ausgabe für diese Berliner Vertriebenennachrichten scheuen wird. Im

Namen all meiner vertriebenen Freunde und Bekannten möchte ich Ihnen den herzlichsten Dank für dieses Unternehmen sagen.

Mit den besten Wünschen für einen guten Erfolg grüßt Sie
E. S., Berlin-Charlottenburg, früher Köslin (Pommern)

Seite 3 Wir seh'n uns wieder am Oderstand . . .



Seite 3 Festwochen ohne Linie

Monstreprogramm: für wen? – Wo bleibt die ostdeutsche Dichtung / Willi Michael Beute

Eben haben wir die zweite Auflage der Berliner „Internationalen Filmfestspiele“ hinter uns gebracht, die halbvolle Festspielhäuser und teilweise mäßige auswärtige Kritiken verzeichnen musste. Es war ein Aufwand, der sogar nichts Festliches an sich hatte — die wenigen guten Filme, die man zu sehen bekam, waren nur Pflaster auf das blaue Auge, das sich Berlins Ansehen hier geholt hatte. Gott gebe, dass uns das mit den „II. Berliner Festwochen“, die am 31. August eröffnet und in den letzten Tagen des September beendet werden sollen, nicht ebenso geht. Alle Anzeichen zum Schiefgehen sind da.

Noch haben wir das Fehlbudget der letzten Wochen nicht verdaut und schon wird uns bekannt, dass der Senat wiederum 500 000 DM Steuergelder zur Finanzierung der diesjährigen Festwochen zur Verfügung stellt. Dazu kommen die 400 000 DM der Alliierten sowie die „Gratisensembles“, die aus Kulturfonds der teilnehmenden Nationen bezahlt werden. Eine runde Million jedenfalls steht praktisch zur Verfügung. Und was macht man? Ein Monstreprogramm! Und für wen? Für den, der es sich leisten kann!

Natürlich gibt es auch diesmal Veranstaltungen mit „volkstümlichen“ Preisen, aber das sind solche Veranstaltungen die mit Kultur wenig zu tun haben. Und es wird auch wieder Veranstaltungen geben, die nur zu einem geringen Teil vom Publikum besucht werden können, weil die ausgegebenen Freikarten an die „Festgäste“ den größten Teil der Theater füllen. Und das Seltsamste war im vergangenen Jahr, dass die meisten dieser Festgäste sich als Angestellte des Senats entpuppten; für das Publikum und den Steuerzahler ein recht unverständliches Faktum.

Was bringt nun das Programm? Experimente und viel Ausländer. Nun haben wir absolut gar nichts gegen eine Befruchtung unserer kulturellen Situation, im Gegenteil. Aber wieso sollen wir uns alle zu Strawinsky-Jüngern entwickeln und nicht die jüngere deutsche Musik hören? Warum kommt man mit Uraufführungen einer ganz bestimmten künstlerischen Richtung? Und warum experimentiert man nicht einmal die Versuche deutscher Autoren?

Seite 3 Der einsame Hauptmann

Inmitten des „modernen“ Programmes nimmt sich Gerhart Hauptmanns „DIE WEBER“ recht einsam und verlassen aus. War es etwa eine notwendige Referenz der Festwochenintendanz an die Kultur des deutschen Ostens? Schön wär's — aber es ist nicht zu glauben, da das Hauptmann'sche Schauspiel nur ein Repertoirestück des Schiller-Theaters ist, das zum Glück gleich zu Beginn der neuen Spielzeit inszeniert wird. Und wo bleibt die andere ostdeutsche Dichtung? Sie ist im Programm nicht vorgesehen, Achselzucken, Bedauern. Wir sind überzeugt, dass die Festspielintendanz guten Willen hat — aber der allein genügt nicht, gerade bei „Berliner Festwochen“. Es genügt nicht eine „Schauparade der Kultur“ durchzuführen und ein Programm zu machen, in dem es zwar von erlesenen Namen glitzert und glänzt, dem aber kaum Seele zugrunde liegt. Was hat es für einen Zweck, Festwochen zu veranstalten, wenn nicht Tausende von ihrem Inhalt belehrt worden oder wenn sie von ihnen zur Besinnung angeregt worden sind — denn all das gehört nun einmal zur Kultur an sich. Die Zurschaustellung von Nummern passt für ein Varieté, aber nicht für Festwochen.

Darum unser herzlicher Wunsch und unsere herzliche Bitte: Macht die Festwochen zu wahren Festwochen! Gebt ihnen einen Inhalt und nicht bloß eine Fassade! Denkt an die Mittlerstellung Berlins zwischen den zwei Deutschlands, zwischen West und Ost!

Handelt doch nach dem Grundsatz: Bringt weniger — aber mehr.

Dann dürfen und können wir auch mit Fug und Recht sagen: da capo — Noch einmal!

Seite 3 Künstler ohne Heimat

Die Gruppe der heimatvertriebenen Künstler, die durch die Austreibung die für ihre Arbeit notwendige Verwurzelung in dem heimatlichen Boden verloren haben, stehen heute vor fast unüberwindlichen Schwierigkeiten. Auch wenn es ihnen gelingen würde den Verlust zu überwinden, so droht ihre sich neu bildende, vom Leid geprüfte und gehärtete schöpferische Gabe dem eisigen Hauch eines erbitterten Existenzkampfes zu erliegen.

Maler, Graphiker, Bildhauer, unter ihnen viele klangvolle Namen, oder Musiker und Bühnenkünstler von rund hundert Theatern und vielen Orchestern, sind tätige Zeugen eines einst reichen Kulturlebens in allen Heimatgebieten des deutschen Ostens. Sie leben zu einem weit höheren Prozentsatz als ihre westdeutschen Kollegen in den notdürftigsten Verhältnissen oder sind zu einer berufsfremden Beschäftigung gezwungen. Dieses hat eine Verkümmern ihrer eigentlichen Fähigkeiten zur Folge und das bedeutet einen unersetzlichen Verlust für das gesamtdeutsche Kulturleben.

Aus Liebe zur Kunst und vor allem einem hohen Verantwortungsgefühl gegenüber der ihnen aufgetragenen Bewahrung und Weitergabe der Kulturwerte ihrer Heimat, haben sie auf dem Wege der Selbsthilfe den Kampf um ihre Existenz aufgenommen. Aber alle diese Ansätze bleiben zur Erfolglosigkeit verurteilt, wenn nicht tatsächlich Hilfe staatlicher und privater Stellen in ausreichendem Maße einsetzt. Das Bundesvertriebenenministerium hat bis zum heutigen Tage zu dieser Frage keine Stellung genommen. Der Kulturpolitische Ausschuss des Bundestages erklärte, dass vom Bund aus so viel wie nichts getan werden könne. Der bayerische Kultusminister hat eine Unterstützung zugesagt und zwar durch Ankauf einzelner Werke der bildenden Künstler. Eine Mahnung an die Intendanten des Staatstheaters ist ergangen, dass diese den heimatvertriebenen Bühnenkünstlern Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen. Der Deutsche Bühnenverein hat sich ebenfalls dieser Sache angenommen und beschlossen, ostdeutsche Intendanten und Dirigenten zu Gastinszenierungen und Gastspielen heranzuziehen.

Das Primäre für jeden Künstler ist die Möglichkeit zur schöpferischen Tätigkeit und das Sekundäre irgendeine geldliche Unterstützung.

Seite 3 Kulturnachrichten

Bücherei im BLV erweitert

Die Bücherei der Kulturstelle im BVL ist inzwischen auf etwa 1000 Bände erweitert. Es ist zu begrüßen, dass auch verschiedene wertvolle Bücher in unseren Besitz übergegangen sind. Ganz besonders weisen wir auf die reichhaltige Fachliteratur hin, die besonders wertvoll für Jugendliche ist, die in der Ausbildung stehen. Sie bietet reichhaltiges Fortbildungsmaterial.

Kostenlose Bücher

Im Einvernehmen mit der Kulturstelle des BLV wurden seinerzeit für die Bücherei des Nachbarschaftsheim, Berlin-Charlottenburg, Waitzstr. 16, etwa 180 Bände, gute, ostdeutsche

Literatur, u. a. geographische, naturkundliche, politische Werke, Biographien, Romane und Erzählungen, Dialektgedichte beschafft. Nach Rücksprache mit dem Vorstand des Nachbarschaftsheim steht auch diese Leihbücherei den Heimatvertriebenen kostenlos zur Verfügung. Die Ausgabezeiten der Bücher sind jeweils am Dienstag von 10 Uhr bis 13 Uhr und am Freitag von 15 Uhr bis 18 Uhr.

Lesezimmer, Lesestoff

Das Lesezimmer der Kulturstelle des BLV kann von jedem Heimatvertriebenen täglich während der Dienststunden benutzt werden. Außer der Bücherei stehen täglich fünf neue Tageszeitungen neben den Heimatzeitschriften und aktuelles Lesematerial zur Verfügung. Den Heimatkreisbetreuern ist zu empfehlen, zur Verteilung für ihre Kreistreffen aktuelles Lesematerial in der Kulturstelle abzuholen.

Kulturensembles stehen zur Verfügung

Nachdem von dem Künstlernoteinsatz für die Ausgestaltung der Heimattreffen keine Programme gestellt werden, sind von der Kulturstelle aus kleine Ensembles zu diesem Zweck zusammengestellt worden, welche den Heimatkreisen zu mäßigen Unkostenbeiträgen zur Verfügung stehen. U. a. steht auch ein Volksliederquartett zur Verfügung.

Uraufführung eines nachgelassenen Stückes von Gerhart Hauptmann

Das nachgelassene Requiem „Die Finsternisse“, welches Gerhart Hauptmann im Jahre 1937 in Rapallo schrieb, wird am 5. Juli im Göttinger Studio uraufgeführt. Nach einer Mitteilung des Sohnes des Dichters, Benvenuto Hauptmann, beruht dieser Einakter auf Eindrücke, die sein Vater bei dem Begräbnis eines Freundes im Sommer 1934 gewann. Es handelte sich um Max Pinkus, der einem Herzschlag erlag und im Beisein der engsten Freunde heimlich nachts beigesetzt wurde, um keinen Anlass zu antisemitischen Ausschreitungen zu geben.

Erblindete schwedische Künstlerin spendete

Die erblindete schwedische Künstlerin Gerda Hoeglund spendete der Kirchengemeinde des Flüchtlingslager „Grüner Jäger“ bei Hamburg ihr letztes Gemälde, das sie vor ihrer Erblindung noch fertigstellen konnte. Das zwei Meter hohe Gemälde stellt Jesus mit dem ungläubigen Thomas dar. Es soll als Altarbild Aufstellung finden.

Rest der Seite: Kreuzworträtsel, Werbung

Seite 4 Deutsche Städte – Jahrhunderte alt.

Memel, die älteste Stadt Ostpreußens 700 Jahre alt

In diesem Jahre begeht die Stadt Memel, die älteste Stadt Ostpreußens, den 700. Jahrestag ihrer Gründung. Aus Anlass dieses Tages bringen wir im folgenden Artikel einen historischen Abriss der Entstehungsgeschichte Memels.

Wo „die Memel und die Dange sich ineinander schließen und zusammenfließen“, wie die livländische Reimchronik sagt, fand Bernhard von Seyne, der stellvertretende Landmeister des Schwertbrüderordens, im Sommer 1252 - 1215 Jahre nach dessen Anschluss an den Deutschen Ritterorden - den Platz für die erste Burganlage im späteren Ostpreußen. Sie war eine Gemeinschaftsgründung des Ordens und des Bischofs von Kurland und sollte den kürzesten über die Kurische Nehrung führenden Weg zwischen den beiden Ordensteilen gegen die noch nicht unterworfenen Völkerschaften sichern. Eine Urkunde vom 18. Oktober 1252 sieht bereits für die um die Memelburg entstehende Stadt drei Kirchen vor. Ein Beweis für die ihr beigelegte Wichtigkeit ist dies ebenso, wie der Umfang des für sie ursprünglich vorgesehenen Stadtgebietes. Ihre späteren drei verschiedenartigen Türme zeigen wohl noch das älteste der erhaltenen Memeler Siegel des Komturs von 1409, aus dem wahrscheinlich anfangs des XVIII. Jahrhunderts das durch seine Einfachheit so schön wirkende und markante Wappen der Stadt Memel - Turm zwischen zwei Barken und Mauer über einem Boot, alles in gold-gelb auf dunkelrotem Grunde - entstanden ist. 1253 war die Burg fertig und die Anfänge der Stadtsiedlung vorhanden. 1255, während die preußischen Stämme der Sudauer, Nadrauer und Schadrauer die in diesem Jahre gegründete Burg Königsberg angriffen, hatte Memel die erste allerdings erfolglose Belagerung durch die über die Nehrung und zu Schiff herangezogenen Samländer auszuhalten. Ungleich schwieriger und mit blutigen Verlusten verbunden waren die Kämpfe der Memeler Ordensbrüder in den nächsten Jahren mit den Kuren, bis deren benachbarte Burgen zerstört waren, und dann vor allem die im XIV. Jahrhundert beginnenden Auseinandersetzungen mit dem erstarkenden Litauen, in deren Verlauf die Stadt mehrfach, einmal auch die Burg, zerstört wurden. 1328 ging Memel aus der Verwaltung des livländischen Ordenszweiges in die des günstiger gelegenen preußischen über und teilte von nun an, besonders

nachdem 1422 im Frieden am Melnosee die bis 1919 gültige Grenze gegen Zamaiten und Litauen festgelegt war, dessen Geschicke. Für diese waren Burg und Stadt Memel als Beherrscher des Kurischen Haffs und als Hauptstütze des Seeverkehrs zwischen Preußen und den Ostseegebieten wirtschaftlich und politisch von größter Bedeutung, vor allem, wenn die feindseligen Danziger das Frische Haff und damit Königsberg von der See absperren. Von solchen nachbarlichen Konkurrenzmanövern blieb auch Memel nicht verschont, bis schließlich nach der Reformation seine Entwicklung unter den Hohenzollern in ruhigere Bahnen einlenkte. Allerdings: Schwedenkriege im XII. Jahrhundert, Russenbesetzung während des 7jährigen Krieges mussten ebenso wie im übrigen Ostpreußen überstanden werden. Nach dem Zusammenbruch von 1807 war Memel mit dem nördlich des Memelflusses befindlichen Gebiet das einzige vom Feinde nicht besetzte preußische Territorium. Dass es damals dem Hof und der Staatsverwaltung als Zuflucht diente, ist ja nicht nur im Osten bekannt, doch sollte man auch sich erinnern, dass in jener dunklen Zeit in Memel des Königs jüngster Bruder mit seiner Frau den - von Napoleon allerdings nicht angenommenen - Entschluss fasste, sich Frankreich als Geiseln für die Zahlung der auferlegten Kontributionen anzubieten. Auch dass der Freiherr vom Stein sein Wirken für Preußens Erneuerung, die Vorbedingung für seinen späteren Aufstieg, in Memel begonnen hat, sollte man nicht vergessen. An dieser Entwicklung hat Memel als Handelsstadt allerdings nicht so teilgenommen wie andere Städte des Ostens, auch nachdem die Folgen des großen Brandes von 1854 überwunden waren. Für Memel bedeutet das Ende des Weltkrieges Abtrennung der Stadt mit dem Lande nördlich des Memelflusses von Deutschland, ohne dass die Bewohner befragt wurden. Die Memelländer haben auch nach 1918 in einem dauernden Kampfe gestanden: gegen die Abtrennung, für eine Volksbefragung, gegen Anschluss an Litauen, gegen dauernde Verletzungen der ihnen gewährten Autonomie, für eine Rückgliederung an die deutsche Heimat, aus deren Urschoße vor 700 Jahren die Gründer und ersten Bewohner Memels kamen, um sich an einer Stelle niederzulassen, um die sich damals die alten Preußen, Kuren, Letten, Zamaiten und Litauer wie die Teile eines Fächers im Halbkreis herumlegten. Seit dem XV. Jahrhundert hat es dort mit diesen Baltenstämmen keine direkten kriegerischen Auseinandersetzungen gegeben; wohl aber spannen sich bis in die neueste Zeit hinein zu ihnen unendlich viele unsichtbare Bande verwandtschaftlicher und wirtschaftlicher Natur. Sichtbarer waren die Handelsbeziehungen der Hafenstadt Memel mit dem In- und Ausland. Und wenn Memel auch niemals zur Hansa gehört hat, so haben doch die Verse recht, die vor 25 Jahren ein Vorstandsmitglied des damaligen Memellandbundes zur Bannerweihe sprach:

„Schwertes Brüder — deine Väter,
Hansa — Mutter dem Gesetz.
Höchste Blüte früh und später
Schuf dir Mastbaum, Pflug und Netz“.

Denn sein Stadtrecht bezog Memel von den Hansestädten; zuerst wandte man sich nach Dortmund, wollte die Gründung Klein- oder Neudortmund nennen; dann aber erhielt die Stadt lübisches Recht. Von Jagd und Fischfang lebte wohl nach neueren Forschungen der größte Teil der Einheimischen in der Nachbarschaft der neuen Siedlung bei deren Gründung, bis durch die deutschen Zuzügler der Ackerbau wieder zunahm und dem Lande zum Rückgrat wurde. Memels Gesicht aber war stets dem Wasser zugewendet, das Jung und Alt in seinen Bann, viele auch auf seinen Grund zog. Haff und Meer lockten in nähere und weitere Ferne, so dass sich manche geistigen Fäden von Memel um die Erde, ja um den Kosmos verfolgen lassen. Der Dichter Simon Dach, der von sich sagen konnte: „Diese Kunst der deutschen Reime lernet Preußen erst von mir“, wurde hier 1605, der berühmte Astronom Argelander 1799 geboren. Ein gebürtiger Memeler hat in Kapstadt im XVIII. Jahrhundert die erste lutherische Kirche Südafrikas aus eigenen Mitteln erbaut und ausgestattet, und das dortige Pfarrhaus heißt noch heute Martin-Melck-Haus; ein anderer Memeler war im Berlin der Bismarckzeit einer der gesuchtesten Porträtisten; aus der neueren, nun aber auch schon vergangenen Generation schrieb ein Historiker aus Memel dem Rheingau-Kreis, dem sonnigsten Gebiet der Rheinlande, seine Geschichte; ein Mediziner verfasste in den deutschen Kolonien Grammatiken für Eingeborenen-sprachen, und der langjährige Leiter des Memellandbundes in Berlin, Prof. Boerschmann, legte in mehreren umfangreichen Bänden seine Forschungen über „Die Baukunst und religiöse Kultur der Chinesen“ nieder.

Die Memeler haben allen Grund, auf diese und andere Leistungen ihrer Heimat hinzuweisen. Erst recht jetzt, da diese mit ihren dortgebliebenen Landsleuten zur 16. Sowjetrepublik gehört; das bedeutet nicht nur körperliche Unfreiheit, sondern auch geistige Knebelung und seelisches Martyrium. Aber auch Memels 700jährige Geschichte steht nicht still und seine ehemaligen Bewohner vertrauen mit unzähligen anderen Deutschen auf das alte Wort: „Nichts ist beständig als der Wechsel“.

Seite 4 Kreuzburg, erste Ordensburg im Kreis Preußisch-Eylau

Schon 1239 hatte der Vizelandmeister des Deutschen Ritterordens in Preußen, Ritter Berliwin, die prussische Feste Balga erobert, zum Stützpunkt des Ordens ausgebaut und gegen andauernde und harte Angriffe der Prussen mit Hilfe eines Kreuzfahrerheeres unter Herzog Otto von Braunschweig gehalten. Damit hatte der Orden den ersten festen Ausgangspunkt im Lande Natangen erworben. Die schweren Verluste, die die prussischen Scharen unter ihren Führern erlitten hatten, vor allem als sie in der schweren Schlacht um Balga im Frühjahr 1240 vernichtend geschlagen wurden, machten es dem Orden leicht, nunmehr auch mit schwächeren Kräften nach Süden und Südwesten vorzudringen. Noch während Herzog Otto von Braunschweig mit seinen niedersächsischen Kriegsleuten und Pilgern in Waffen sein Sommerlager unter der Burg hielt, zogen kleinere Gruppen von Ordensherren und Kreuzfahrern durchs Land, bis weit nach Barten hinein. Die durch die Überlegenheit der gepanzerten Ritter, ihre bessere Bewaffnung und planmäßige Kampfführung sowie durch die blutigen und wiederholten Niederlagen entmutigten Heidenstämme leisteten keinen ernstlichen Widerstand mehr, sondern unterwarfen sich dem Orden und ließen sich taufen. So wurde in diesem einen Jahr, zehn Jahre nach dem ersten Eingreifen des Ordens in Preußen, mit Ermland, Natangen und Barten der Kern unseres Landes dem Christentum und damit dem Deutschtum gewonnen.

Freilich galt es nun, das neugewonnene Land zu sichern, damit es unter dem Schutz der ritterlichen Waffen den nachströmenden Siedlern geöffnet werden konnte. Während den bekehrten Prussen weitgehende Freiheiten gelassen wurden, wie sie schon Landmeister Hermann Balk zugesichert hatte, legte der Orden an den ihm wichtigsten Punkten starke Burgen an. So entstanden in rascher Folge im neugewonnen Land die Kreuzburg, Bartenstein, Schippenbeil und Rößel, als deren Gründungsjahr die Zeit von 1240 bis 1241 anzunehmen ist.

Als dann der Friede zu Christburg den ersten großen Prussenaufstand abschloss, wurden die Natanger verpflichtet, eine Anzahl Kirchen zu bauen, auszustatten und auch zu besuchen. Die Friedensurkunde nennt vier Orte aus unserem Bereich: Bandadis — Bandels oder Banditten (zwischen Kreuzburg und Zinten), Labegow — Labehnen sw. Kreuzburg, Sutwiest — Sausgarten, Tumnos — Domnau, letzteres in nächster Nachbarschaft unseres Kreises gelegen. Jede dieser Pfarren wurde mit 8 Hufen (etwa 300 Morgen Land, dem Zehnten einer festgesetzten Anbaufläche, 1 Pferd, 2 Ochsen und 1 Kuh ausgestattet. Der Priester, meist ein Ordensbruder, musste neben Bekehrung der neu Unterworfenen vor allem auch auf seine und seiner wenigen Mitchristen Sicherheit bedacht sein.

Erst nach Niederwerfung des Aufstandes konnten die wichtigsten Stützpunkte wieder neu errichtet werden. Und Kreuzburg war wohl wichtig genug. Nur 3 Meilen von der Hauptburg Balga entfernt, die durch den Seeweg übers Haff am besten gesichert war, hatte es die Landverbindung nach Bartenstein und Rößel zu schützen. So melden die Annalen jener Zeit einen neuen Bau der Kreuzburg 1253 — offenbar an der gleichen Stelle wie die erste Ordenswehr. Im Schutze der Burg sammelten sich die ersten deutschen Siedler. Und auch die Preußen, die sich dem Orden anschlossen, fanden hier Aufnahme mit gleichem Recht.

Das Jahr 1940 hat keine Gelegenheit geboten, eine 700-Jahrfeier der drittgrößten Stadt unseres Kreises zu begehen. Auch sind die Zeitangaben über die erste Burggründung noch ungenau. Die Wiedererrichtung der Burg in den Jahren 1252 - 1253 ist jedoch beurkundet. Und so darf Kreuzburg als die älteste deutsche Stadtgründung in unserer Landschaft im kommenden Jahr mit Stolz seiner alten Geschichte gedenken — auch wenn wir verstreut und gelichtet nur aus der Ferne an unser Natangerland denken können.

Dass gerade Kreuzburg in jenen Jahren der Erschließung Ostpreußens Mittelpunkt so schwerer Kämpfe und Opfer war und immer wieder in den Kampfberichten jener frühesten Ordenszeit rühmlich erwähnt wird, ist ja nicht einmalig geblieben. Denn wir wissen selbst aus neuester Zeit, wie gerade unsere Stadt auch in diesem letzten Vernichtungskrieg gegen das Deutschtum Ostpreußens Brennpunkt härtester Kämpfe war und wochenlang als heißumkämpfter Platz in den Heeresberichten erschien.

Wann werden wir daran gehen können, sie wiederum neu aufzubauen?

Seite 4 Heiligenbeil und Zinten

In diesem Jahr blicken neben Memel und Kreuzburg zwei weitere Städte Ostpreußens in der Landschaft Natangen, die Städte Heiligenbeil und Zinten auf Jahrhunderte langes Bestehen zurück.

Die Stadt Heiligenbeil im Kreise gleichen Namens ist 650 Jahre alt. Sie entstand in den Jahren 1301/1302 an einer uralten geheiligten Kultstätte des später im Deutschtum aufgegangenen preußischen Volkes. Der Name der in einem umfangreichen Waldgebiet mit Mauern, Toren, Kirche und Rathaus angelegten Stadt, wandelte sich aus anfänglich Heiligenstadt, wenig später in Heiligenbeil. Aus dem Namen klingt durch die Jahrhunderte hindurch die Erinnerung an die heilige Stätte des Landes an. Auch uns Heutigen ist der Name Heiligenbeil ein Name der Erinnerung an einen Brückenkopf des letzten Kriegsgeschehens in Ostpreußen, als die deutschen Soldaten hier nur schrittweise gegen eine gewaltige russische Übermacht zurückgingen und 700 000 vertriebenen Männern, Frauen und Kindern der ostpreußischen Bevölkerung die Möglichkeit offen hielten, den ungewissen Marsch über die unsichere Eisdecke des Frischen Haffs anzutreten und über die Nehrung oder über die See die Rettung nach Westen zu suchen.

Während Heiligenbeil in nächster Nähe des Haffs liegt, wurde die Stadt Zinten etwa 25 km landeinwärts angelegt. Im Jahre 1352 sehen wir Zinten bereits als fertige Stadt, die durch Verleihung der Handfeste von dem Hochmeister Winrich von Kniprode Stadtrechte und Privilegien erhielt. Der Name Zinten war in der ganzen Provinz näher bekannt durch alte Erinnerungen, die sich knüpften an die ehemals bestehende Grenze zwischen dem preußischen Königsberger Gebiet und dem zeitweise politisch abgetrennten Ermland. Wenn die Ermländer nach Preußen reisen wollten, so war die nächste Stadt jenseits der Grenze häufig Zinten. Und so wurde der Name Zinten für die Ermländer mit dem Zusatz „das Ausland“ verknüpft. Diese Bezeichnung als „Ausland“ blieb Zinten, solange das Land deutsch war. Im letzten Kriege hatte Zinten das Schicksal, dass die Front 12 Tage und länger am Stadtrand stehen blieb und die Innenstadt zerstört wurde. Und wieder wurde eine Grenze gezogen, dieses Mal zwischen dem nunmehr russisch besetzten Königsberger Gebiet und dem unter polnischer Verwaltung gekommenen südlichen Ostpreußen. Wir sind überzeugt, dass ebenso wie jene alte Grenze auch die jetzt gezogenen Barrieren nicht von langer Dauer sein werden.

Seite 4 Tag der Heimat

Der Tag der Heimat und das Gedenken an die ostpreußischen Städtejubiläen (Memel 700, Kreuzburg 700, Zinten 600 und Tilsit 400 Jahre) findet in diesem Jahre, wie im gesamten Bundesgebiet, am

Sonntag, dem 3. August 1952, um 9.30 Uhr

in der Waldbühne mit einer Großkundgebung statt, der um 8.30 Uhr ein evangelischer Gottesdienst in der Waldbühne und zugleich ein katholischer Gottesdienst in der Heilige-Geist-Kirche, Berlin-Charlottenburg, vorausgeht. Ende der Veranstaltung gegen 12.00 Uhr.

An diesem Tage wollen wir gemeinsam mit den Heimatvertriebenen aller Landsmannschaften und mit der einheimischen Bevölkerung unsere berechnete Forderung auf friedliche Rückkehr in unsere Heimat erneut Ausdruck verleihen. Es ist Ehrenpflicht jedes Landmannes und aufrechten Deutschen, mit seinen Angehörigen an dieser bedeutungsvollen Kundgebung teilzunehmen und für einen guten Besuch in allen Schichten der Bevölkerung zu sorgen.

Am Nachmittag treffen sich alle Heimatvertriebenen und Heimattreuen der Landsmannschaft Ostpreußen mit den Gästen, Vertretern aus Berlin und der Bundesrepublik zu einer Kundgebung und kulturellen Veranstaltung mit buntem Programm unter Mitwirkung prominenter ostpreußischer und Berliner Künstler in der Festhalle am Funkturm. Anschließend gemütliches Beisammensein mit Tanz.

Gäste sind herzlich willkommen.

Beginn 15.30 Uhr (Einlass 14.30 Uhr) Ende 23.00 Uhr.

Eintrittskarten im Vorverkauf zum Preise von 1,- DM-West oder 1,- DM-Ost (gegen Vorlage des Personalausweises) sind erhältlich in der Geschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Berlin-Charlottenburg 9, Kaiserdamm 83. (Sprechstunden täglich in der Zeit von 9.00 bis 13.00 Uhr, außer Mittwoch und Sonnabend.) An der Nachmittagskasse 1,50 DM-West oder 1,50 DM-Ost.

Landsmannschaft Ostpreußen
(Bund der vertriebenen Ostpr.)
Bln.-Charlbg.9, Kaiserdamm 83

Berlin, den 1. August 1952

An alle Kreisbetreuer und Landsleute

Ich hatte im Juli dieses Jahres die Freude, den Mitgliedern der Landsmannschaft Ostpreußen mitteilen zu können, dass wir ein eigenes Informationsblatt unter dem Titel „Berliner Ostpreußische Nachrichten“ herauszugeben in der Lage sind. Dieses Blatt erhält vom 1. August ab ein anderes Gewand und erscheint unter dem Titel „Ostpreußische Nachrichten“ Landsmannschaft Ostpreußen (Bund der vertriebenen Ostpreußen) im BLV. Es entspricht in der Größe der, der Berliner Presse und ausserdem werden auf den ersten drei Seiten insbesondere Artikel und Informationen des Berliner Landesverbandes der Heimatvertriebenen gebracht, um die Mitglieder der Landsmannschaft mehr als bisher über die Arbeit des BLV der Heimatvertriebenen und die Probleme, die an den Berliner Landesverband herantreten, zu informieren. Auf diese Weise soll erreicht werden, dass sich die Beziehungen zu dem Landesverband und der Landsmannschaft enger gestalten und dass vor allem aus den Kreisen unserer Mitglieder Anregungen gegeben werden, die die gesamten Berliner Heimatvertriebenen betreffen. Ich hoffe, dass dieses Blatt unter unseren Landsleuten starken Anklang findet.

Diese Zeitung gehört in jede Berliner-Ostpreußische Familie. Je mehr Abonnenten sind, umso mehr kann die Zeitung ausgestaltet werden. Deshalb richte ich an alle Landsleute die dringende Bitte, das Blatt, das vorläufig einmal im Monat erscheint, sofort zu abonnieren. Bestellungen werden von allen Kreisbetreuern und der Geschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen Berlin-Charlottenburg 9, Kaiserdamm 83, entgegen genommen.

Mit landsmannschaftlichem Gruß !

Bezugspreis der Einzel-Nr.
„Ostpreußische Nachrichten“ DM 0,20

gez. Dr. Hans Matthee
1. Vorsitzender

